

Bürgerinitiative „Gegenstrom“



Olbersleben, 17.02.2026

Offener Brief an die Mitglieder des Gemeinderats der LG Buttstädt

Abstimmung Solarpark "Ellersleben": Transparenz statt politischer Taktik

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderats,

in wenigen Tagen stehen Sie vor einer historischen Entscheidung. Es geht nicht mehr nur um „Baufreiheit“ für einen Solarpark. Mittlerweile steht auch die Glaubwürdigkeit der Lokalpolitik auf dem Spiel.

Gegenüber der Thüringer Allgemeinen vom 10.02.2026 erklärt Bürgermeister Hendrik Blose, dass es „zu 99 Prozent kein Umspannwerk“ geben werde. Er sei überzeugt, dass „am Ende auch nicht die vollen jetzt diskutierten 290 Hektar belegt“ würden.

Besagte 99 Prozent weichen sechs Tage später einer „Garantie“. In ausgewählten Social-Media-Kanälen der Landgemeinde (Facebook und Instagram) heißt es: „Wir können Ihnen versichern, dass KEIN zusätzliches Umspannwerk geplant ist!“

Darüber hinaus lässt der Bürgermeister in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses vom 09.02.2026 verlauten, dass der Strom aus dem geplanten Solarpark über einen Netzanschlusspunkt des Umspannwerks Ballhausen abgeleitet werden soll.

Wir werten diese Aussagen als taktisches Manöver mit dem Ziel, den bestehenden Widerstand in der Bevölkerung zu schwächen. Nach unserer Einschätzung handelt es sich dabei um ein gezieltes „Kleinschreiben“ des Projekts, das offensichtlich dazu dient, den Gemeinderat in falscher Sicherheit zu wiegen und den berechtigten Widerstand der Bürger mit juristisch unverbindlichen Aussagen zu spalten.

Daher appellieren wir an Sie, die „Baufreiheit“ für das Projekt abzulehnen wegen:

- 1. Fehlender Planungssicherheit:** Wenn wenige Tage vor einer entscheidenden Abstimmung zentrale Projektdaten wie die Flächengröße völlig unklar sind, ist das Projekt nicht beschlussreif. Wenn „fünf vor Zwölf“ lediglich behauptet wird, dass es kein zusätzliches Umspannwerk geben werde (Was heißt „zusätzlich“?), ohne die Öffentlichkeit über technische Machbarkeit, aktuellen Planungsstand, stattgefundenen Gespräche und vorvertragliche Regelungen zu informieren, stimmt der Gemeinderat auf Basis vager Aussagen anstatt harter Fakten ab. Das ist fahrlässig und stellt ein erhebliches Risiko für die Gemeinde dar.
- 2. Fehlender Bindungskraft:** Eine 99-Prozent-Aussage oder eine bloße Behauptung ist rechtlich völlig wertlos. Sie suggerieren eine nicht vorhandene Sicherheit, die

Bürgerinitiative „Gegenstrom“

Skeptiker beruhigen soll. Tatsächlich handelt es sich in der politischen Praxis um ein Hintertürchen, das vermeintlich unvorhersehbare Umstände (Sachzwänge) jederzeit rechtfertigen kann.

- 3. Sinkender Einnahmen:** Sollten sich die Flächen für den Solarpark verkleinern, würde dieser Aspekt unmittelbar auf die zu erwartenden Einnahmen durchschlagen. Angenommen, die Fläche würde sich auf 265 Hektar reduzieren, ergäbe das einen, auf Annahmen basierten rechnerischen Maximalertrag von 730 T€. Preist man die unvermeidliche Abregelung anhand von Durchschnittswerten mit ein (wie unter vorsichtigen Kaufleuten üblich) bleiben 584 T€ übrig.
- 4. Technischer Unmöglichkeit:** Bei dem Umspannwerk Ballhausen (richtiger Name: USW „Schilfa“) handelt es sich um eine 110 kV-Anlage, die ausschließlich Strom aus Windparks transferiert. Unabhängig davon ist diese Anlage nach unseren Recherchen für die geplante Größe des Solarparks ungeeignet.
- 5. Intransparente Kommunikation:** Für einen Bürgermeister, der sich so massiv für einen Mega-Solarpark einsetzt, sind Transparenz und eine offene, faktenbasierte Kommunikationskultur unverzichtbar. Nach unserer Erfahrung bleibt diese Anforderung an einen Mandatsträger bei Bürgermeister Blose auf der Strecke. Wie soll man es anders nennen, wenn ein Bürgermeister einer Bürgerinitiative Antworten auf drängende Fragen kurz vor Toresschluss via Social Media häppchenweise hinwirft, anstatt sich direkt an die BI zu wenden? Eine solche Kommunikation gleicht einem Katz-und-Maus-Spiel. Den Vertrauensverlust in seine Person von weiten Teile der Bevölkerung halten wir schon heute für nicht mehr reversibel.

Sehr geehrte Gemeinderäte, Sie sind als gewählte Mandatsträger Ihrem Gewissen und dem Gemeinwohl verpflichtet. Deshalb erwarten wir von Ihnen, sich nicht von Konzessionen blenden zu lassen, sondern am 24. Februar 2026 so abzustimmen, dass Sie Ihr Votum jederzeit reinen Herzens gegenüber der Bürgerschaft vertreten können.

Sollte der Gemeinderat gegen den Willen einer Vielzahl von Bürgern entscheiden, werden wir alle demokratischen Mittel ausschöpfen und ein Bürgerbegehren nach der Thüringer Kommunalordnung einleiten.

Freundliche Grüße
Bürgerinitiative „Gegenstrom“

E-Mail:
kontakt@bi-gegenstrom.de

Internet:
bi-gegenstrom.de

WhatsApp-
Kanal:



Instagram:

